

Unsere Woche im Landtag



Newsletter vom 16. April 2021

von Ihrem Landtagsabgeordneten Bernhard Pohl

Liebe Leserin, lieber Leser,

seit **zweieinhalb Jahren** sind wir **FREIE WÄHLER** jetzt im Landtag in **Regierungsverantwortung**. **Zeit für uns, ein Fazit zu ziehen!** Und darauf können wir stolz sein: mit unserer pragmatischen, bodenständigen und verlässlichen Politik haben wir einige beachtliche Erfolge errungen.

Vergangenen Freitag stellten deshalb im Rahmen einer live übertragenen Pressekonferenz unser Fraktions-

vorsitzender **Florian Streibl**, der Parlamentarische Geschäftsführer **Dr. Fabian Mehring** sowie die drei Staatsminister der FREIEN WÄHLER **Hubert Aiwanger**, **Prof. Dr. Michael Piazzolo** und **Thorsten Glauber** unsere Bilanz der vergangenen zweieinhalb Jahre vor: **Es ist #FaktenZeit!**



© Büro Pohl

FaktenZeit – die Halbzeitbilanz der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

Vom Sonderprogramm zur Sanierung kommunaler Schwimmbäder, über den Einschulungskorridor, eine eigene Wasserstoffstrategie und ein bayerisches Klimaschutzgesetz bis hin zu einer Landarztquote im Medizinstudium: **Seit ihrem Einzug in die Bayerische Staatsregierung vor zweieinhalb Jahren hat die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion mit ihrer sachorientierten und bodenständigen Politik beachtliche Erfolge vorzuweisen.**

Aus der Opposition in die Regierung, über die Rettung der Bienen zum Kämpfer gegen die Corona-Pandemie: Das ist die Regierungsmetamorphose von uns FREIEN WÄHLERN. Als wir 2018 den Koalitionsvertrag beschlossen, den wir nunmehr erfolgreich abarbeiten, wussten wir nicht, welche Herausforderungen auf die Bayernkoalition zukommen würden. Zuerst galt es, das Artenschutz-Volksbegehren mittels eines eigenen Gesetzes zu verbessern und auf tragfähige Beine zu stellen. Dann folgte die Corona-Pandemie, die den Freistaat seit über einem Jahr in ihren Klauen hält. **Regieren heißt, die Herausforderungen der Gegenwart annehmen und meistern.** Gerade jetzt in der Krise zeigt sich die Qualität der Koalition, die zum Wohle Bayerns nicht davor zurückschreckt, immer wieder aufs Neue um den besten Weg aus der Pandemie zu ringen und zu streiten. Wir in Bayern nehmen unsere Verantwortung ernst und haben das in den letzten Jahren auch unter Beweis gestellt.

Wir haben uns von Beginn an für die Anliegen der Bürger stark gemacht, die zu lange auf der Strecke geblieben waren. Wir haben nach der Abschaffung der Strabs eine gute und bürgerfreundliche Regelung für den kommunalen Straßenbau geschaffen und den Ausbau der erneuerbaren Energien auf eine neue Stufe gestellt – vor allem durch einen massiven Zubau bei Photovoltaik. Die FREIEN WÄHLER machen Politik ohne ideologische Scheuklappen. Mit unserer Innovationsagenda sichern wir unseren Kindern eine gute Zukunft und versöhnen Wirtschaft mit Umwelt: So fördern wir **Wasserstoff und Bioökonomie**, damit Bayern in diesen Wachstumsfeldern an die Spitze kommt. Im **Handwerk fördern wir Bildung und Digitalisierung**. Und im Bereich der digitalen Infrastruktur kümmern wir uns darum, die Lücken im Mobilfunknetz zu schließen. Zudem haben wir entscheidend dabei mitgeholfen, Bayern sicher durch die Corona-Pandemie zu führen: Als Corona uns 2020 unvorbereitet traf, hat Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger binnen weniger Tage schnell eine bayerische Produktion von Schutzmasken und Desinfektionsmitteln organisiert. **Wir haben deutschlandweit das allererste Hilfsprogramm für Unternehmen aufgesetzt und zahlen bis heute die Gelder am schnellsten aus.** „Anpacken mit Zuversicht“ ist unser Gegenentwurf zu „alles Zusperrern“. Zudem halten wir unsere Versprechen: Beim Flächensparen haben wir geliefert. Die Steuererhöhung für Grundbesitzer in Form einer bayerischen Grundsteuer C haben wir verhindert. Unser „Nein“ zur dritten Startbahn am Münchner Flughafen steht. Wir regieren mit gesundem Menschenverstand. Das tut Bayern gut.

Impressum

Die digitale Bildung hat durch die Corona-Pandemie einen echten Schub erfahren. Es sind tausende zusätzliche digitale Klassenzimmer entstanden, die Lehrer umfassend geschult und die Sachaufwandsträger mit über 92,8 Millionen Euro zur Beschaffung schulischer IT-Ausrüstung unterstützt worden. **Damit haben wir die Grundlagen für ein funktionierendes Home Schooling geschaffen, um so auch weiterhin allen Schülerinnen und Schülern gleiche Bildungschancen zu eröffnen.**

Bei allen getroffenen und noch zu treffenden Maßnahmen stehen die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen im Vordergrund. **Wichtig ist, dass sich die Schüler bei der Rückkehr in den Präsenzunterricht wohl und sicher fühlen.** Wir haben deshalb die Testmöglichkeiten an den Schulen deutlich ausgeweitet und sorgen mit klaren sowie verbindlichen Konzepten für eine durchdachte, schrittweise Rückkehr in die Schulen.

Beim Umwelt- und Klimaschutz bestimmten drei eng miteinander verknüpfte Existenzthemen die politische Agenda der Landtagsfraktion: Artenvielfalt erhalten, Klimawandel meistern und Wasserversorgung sichern. Wir haben bereits viel geleistet, um den Freistaat zukunftssicher aufzustellen: Das „Volksbegehren Plus“ hat ein neues Zeitalter beim Artenschutz eingeleitet. Unser Klimaschutzgesetz gibt einen ambitionierten und dynamischen Weg vor: bis spätestens 2050 wird Bayern klimaneutral. Wenn EU und Bund die Klimaziele anheben, wird Bayern mitziehen. Mit Blick auf die Folgen des Klimawandels ist es außerdem unerlässlich, die Wasserversorgung überall in Bayern sicherzustellen – in bester Qualität und für alle verfügbar. **Mit dem Projekt Wasserzukunft Bayern 2050 gehen wir dieses Thema umfassend an.** Auch für die Landwirte braucht es kluge Strategien, denn diese leiden stark unter Klimawandel und Trockenheit. Wir setzen dabei besonders auf klimatolerante Nutzpflanzen, effiziente Bewässerungssysteme und intelligente Wasserspeicher. **Denn Wasser muss für ganz Bayern dauerhaft, in ausreichender Menge und hoher Qualität zur Verfügung stehen.**

Als wir vor zweieinhalb Jahren in Bayerns Staatsregierung eingetreten sind, wurde uns vielfach das Schicksal der FDP prognostiziert, die während ihrer Regierungsbeteiligung von der CSU erdrückt und anschließend aus dem Parlament gewählt wurde. Obwohl wir mit der Corona-Krise die größte Herausforderung der Nachkriegszeit zu meistern haben, konnten wir FREIE WÄHLER uns stattdessen erfolgreich als Taktgeber unserer Bayernkoalition etablieren. So hat die von der jahrzehntelangen Alleinregierung ermüdete „Herzkammer“ der CSU in den FREIEN WÄHLERN ihren Schrittmacher gefunden.

Impressum

Unser Erfolgsrezept besteht darin, uns nicht nur mit der CSU ins Bett zu legen, sondern ihr – wenn nötig – auch einmal die Decke wegzuziehen. Je mehr unsere Partner dabei nach links rutschen und auf einem grünen Kopfkissen von Berlin träumen, desto mehr Platz wird für uns in der Mitte der bayerischen Matratze frei. So konnten sich die FREIEN WÄHLER erfolgreich als bürgerlich-liberale Alternative zu rechten Spinnern und grünen Ideologen etablieren. Spätestens im Hinblick auf das geplante Bundesinfektionsschutzgesetz sind wir zum Anwalt bayerischer Interessen geworden, der den Freistaat und seine Menschen gegenüber Berliner Übergriffigkeiten verteidigt. Dank dieser Alleinstellungsmerkmale werden wir in Bayern auf Dauer mitregieren und von hier aus den Sprung in den Bundestag schaffen.

Infektionsschutzgesetz: Nein zur Kompetenzverlagerung nach Berlin!

Es ist ein Affront gegen die Landesparlamente und ein Rückschritt in der Pandemiebekämpfung. Die FREIE WÄHLER-Fraktion hat bereits am 11. April und zusätzlich am 13. April nochmals ausdrücklich vor einer Verlagerung der Entscheidungsgewalt über Bayerns Corona-Politik nach Berlin gewarnt. Über ein Jahr lang haben wir im Bayerischen Landtag in teils hitzigen Debatten um die beste Lösung für die Menschen im Freistaat gerungen und unseren Maßnahmenkatalog hochflexibel immer wieder den aktuellen Gegebenheiten angepasst. Die geplante Kompetenzverlagerung nach Berlin ist deshalb nicht nur ein Affront gegen die Landesparlamente, sondern auch ein Rückschritt in der Pandemiebekämpfung. Der Bund verpasst den Ländern damit ein starres Regel-Korsett – ohne Möglichkeit, passgenaue Lösungen für Gesellschaft und Wirtschaft zu entwickeln.

Ob Impfdesaster, Testdebakel oder das Chaos um die Osterruhe: **Keine politische Ebene hat im Kampf gegen Corona mehr Fehler gemacht als der Bund.**

Durch dieses Berliner Versagen ist viel Vertrauen verloren gegangen, auf das die Politik angesichts der aktuellen Herausforderungen dringend angewiesen ist. Wir glauben nicht, dass man Vertrauen ausgerechnet dadurch zurückgewinnt, indem nun noch mehr Verantwortung auf den Bund übertragen wird. Stattdessen würde bei vielen Menschen der Eindruck entstehen, dass man nun sprichwörtlich den Bock zum Gärtner macht. Stattdessen sehen wir gerade im **Föderalismus eine große Chance für die Pandemiebewältigung.**

Impressum

Die Pandemie verläuft in den einzelnen Regionen Deutschlands teils sehr unterschiedlich. Gerade die föderale Struktur erlaubt es uns, auf diese regionalen Abweichungen adäquat und flexibel zu reagieren. Deutschlands großer Vorteil liegt doch gerade darin, dezentral verschiedene Konzepte zu erproben und Bewährtes flächendeckend anzuwenden. Das belegten nicht zuletzt nackte Zahlen: Während die Bundesrepublik mit ihren 83 Millionen Einwohnern – schlimm genug – 78.000 Corona-Tote zu beklagen hat, sind im nur 67 Millionen Einwohner umfassenden Zentralstaat Frankreich fast 100.000 Menschen an COVID19 gestorben.

Wir FREIE WÄHLER im Landtag zeigen indes Verständnis für den Koalitionspartner, der angesichts seiner Regierungsbeteiligung im Bund sowie der nahenden Bundestagswahl im Herbst gezwungen ist, sich den Wünschen aus Berlin stärker zu beugen, als man das von der CSU bislang gewohnt war. Weil wir FREIE WÄHLER diesen Handlungszwängen nicht unterliegen, erlauben wir uns umso mehr, auf unser Land und seine Menschen zu schauen und Bayerns Interessen vor einem Durchregieren aus Berlin zu schützen. **Der erfolgreiche bayerische Weg darf jetzt nicht aus taktischen Gründen verlassen werden, um letztlich im Berliner Chaos unterzugehen.** Wir brauchen keinen Berliner Oberschiedsrichter, der uns von der Spree aus sagt, wann und wo man in Bayern nach 21 Uhr noch ohne seinen Hund vor die Haustüre gehen darf.

Im Zuge dieser Entwicklungen plant die Bundesvereinigung der FREIEN WÄHLER eine Verfassungsbeschwerde gegen die Zentralisierung und Verschärfung des Infektionsschutzgesetzes. Die Länder sind besser als der Bund in der Lage, vor Ort sinnvolle Entscheidungen zu treffen. Dies betrifft die Bundes-Notbremse und eine ab 21 Uhr geltende Ausgangssperre.

Soziale Berufe stärken - Wo es um Menschen geht, muss besser bezahlt werden



Thema der Aktuellen Stunde des Landtags am Donnerstag war die Stärkung sozialer Berufe: All das, was Menschen für Menschen in der Pflege leisten, ist nicht selbstverständlich: Menschlichkeit hat ihren Wert – und der ist hoch, sehr hoch. Berufe, bei denen es um Menschen geht, müssen deshalb endlich **angemessen bezahlt werden und sollen eine höhere gesellschaftliche Wertschätzung erfahren**. Die FREIE WÄHLER-Fraktion setzt sich daher schon seit

Oppositionszeiten nachdrücklich für die **Aufwertung sozialer Berufe** in ganz Deutschland ein – in Regierungsverantwortung stärken wir in unserer Zuständigkeit **drei zentrale Säulen: Pflege, Hebammen sowie Erzieherinnen und Erzieher**.

Mindestbesteuerung für international tätige Konzerne

Steuerdumping bei Multis muss ein Ende haben! Internetgiganten wie Google, Facebook oder Amazon profitieren bislang von weltweit uneinheitlichen Steuerregelungen. **Jetzt sollen sich Bund und EU stärker dafür einsetzen, dass die vielfach praktizierte Flucht in Länder mit geringer Abgabenlast unterbunden und eine länderübergreifende Mindestbesteuerung für international agierende Großkonzerne eingeführt wird** – dafür machte sich die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion mittels eines **Dringlichkeitsantrags am Donnerstag im Plenum** stark.

In einer globalisierten und zunehmend digitalisierten Welt benötigen wir ein faires Steuersystem. Das funktioniert am besten mit einem einheitlichen Bewertungsmaßstab für die Besteuerung von



Impressum

multinationalen Konzernen – idealerweise auf Ebene der G20 oder der OECD. Berlin und Brüssel müssen eine globale Lösung jetzt mutig vorantreiben. **Das unsägliche Steuerdumping der Multis muss rasch ein Ende haben**, um für einen gerechten Wettbewerb zu sorgen. Sonst hätten Europa und die Bundesrepublik als konkurrenzfähige Wirtschaftsstandorte über kurz oder lang das Nachsehen. Wichtig ist, dem globalen Steuerwettbewerb mittels Mindestbesteuerung eine Untergrenze zu setzen, damit einzelne Länder nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden können. Denn bislang nutzen Multis Länder mit massiven Steuervorteilen, um die Abgaben auf ein Minimum zu beschränken. In der EU sind das insbesondere Irland, Luxemburg und die Niederlande. **Der Antrag der FREIE WÄHLER-Fraktion sieht vor, dass jeder Staat bei der Ausgestaltung seines nationalen Steuerrechts autonom bleibt.** Andere Staaten sollen aber das Recht erhalten, den Differenzbetrag bis zum Mindestbesteuerungsniveau anzuheben. Wir sehen angesichts des Regierungswechsels in den USA durchaus Chancen für einen transatlantischen Kompromiss bei der Besteuerung finanzstarker Großkonzerne.

Stärkere Elektrifizierung des Schienenpersonennahverkehrs in Bayern

Am Mittwoch wurde im Landtag unser Antrag zum Thema Elektrifizierungsoffensive für den Schienenpersonennahverkehr in Bayern im Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr verhandelt. **Ökologisch reisen und nachhaltig mobil sein – das ist uns FREIEN WÄHLERN im Bayerischen Landtag ein Herzensanliegen.** So hat der Freistaat als erstes Bundesland ein Elektrifizierungskonzept beschlossen. Wir wollen damit den



Elektrifizierungsgrad im bayerischen Schienennetz auf mindestens 60 Prozent steigern. Aktuell arbeiten wir gemeinsam mit der Staatsregierung daran, dass **spätestens ab dem Jahr 2040 im bayerischen Schienenpersonennahverkehr keine Fahrzeuge mehr mit Dieselantrieb verkehren.** Im Hinblick auf alternative Antriebe hat der

Impressum

Freistaat als einer der ersten Aufgabenträger bundesweit zwei Linien für den Einsatz von Wasserstoffzügen ab Ende 2024 ausgeschrieben. All diese Ergebnisse freuen uns sehr und wir werden uns auch weiterhin für eine nachhaltige Mobilität in Bayern stark machen!

Fegen Fachkräftemangel in Arztpraxen

Mit einem **gezielten Antragspaket haben wir uns mit unserem Koalitionspartner dafür eingesetzt, dass der Beruf der Medizinischen Fachangestellten (MFA) künftig mehr Wertschätzung erfährt.** Das



Antragspaket wurde am 12. April auf einer gemeinsamen Pressekonferenz präsentiert und einen Tag später im Gesundheitsausschuss beraten. Ziel ist es, den drohenden Fachkräftengpass insbesondere in Arztpraxen zu verhindern. Obwohl eine Ausbildung zur MFA grundsätzlich sehr beliebt ist, sind die Lehrverträge im Schuljahr 2019/2020 um 5,5 Prozent zurückgegangen.

Zudem wurden allein in Bayern im Jahr 2016 mehr als 1.050 Ausbildungsverträge vorzeitig aufgelöst. **Nach fünf Jahren waren nur noch rund 60 Prozent der MFA in diesem Berufsfeld tätig.**

Das Antragspaket setzt genau hier an, um insbesondere auch die Bezahlung der MFA zu verbessern: Hier soll auf Bundesebene erreicht werden, **dass die Tarifabschlüsse der Medizinischen Fachangestellten im ambulanten Bereich vollständig von den Kostenträgern refinanziert werden. Darüber hinaus sollen ambulante Tätigkeiten, die durch qualifizierte MFA erbracht werden, flächendeckend in den Leistungskatalog der Krankenkassen übernommen werden.** Da die „Bundesverordnung über die Berufsausbildung zur Medizinischen Fachangestellten“ aus dem Jahr 2006 stammt, besteht auch hier nach Ansicht der Regierungsfractionen dringender Reformbedarf. So sollen sich die Inhalte der Ausbildung künftig wieder stärker an der aktuellen Versorgungsrealität orientieren.

Im Bereich der Fort- und Weiterbildung sollen Aufstiegsmöglichkeiten eröffnet und so die Attraktivität des Berufsbilds gesteigert werden. Weiters ist im Bereich der Ausbildung vorgesehen, genau zu evaluieren, wie sich die Zahl der MFA-Schüler an

Impressum

bayerischen Berufsschulen in den vergangenen fünf Jahren entwickelt hat, um künftig ausreichend Ausbildungsplätze und Berufsschullehrkräfte verfügbar zu haben. **Auch sollen digitale Anwendungen in den Schulen weiter verbessert und die Unterrichtsinhalte praxisnäher ausgestaltet werden**, um Auszubildenden den Umgang mit gängiger Praxissoftware zu vermitteln. Nötig ist hierfür eine **adäquate technische und personelle Ausstattung der Berufsschulen**. Zudem setzen sich die Regierungsfraktionen dafür ein, das betriebliche Gesundheitsmanagement in ambulanten Praxen auszubauen und auch für Medizinische Fachangestellte besser nutzbar zu machen. Aus Praxis-Sicht ist das Antragspaket wichtiger denn je. Es gibt immer weniger gute und qualifiziert ausgebildete MFAs auf dem Arbeitsmarkt. Immer mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehen aus dem Gesundheitswesen in andere Berufsfelder.

Aus meinem Stimmkreis

Mariana Braunmiller geht für die FW in den Bundestagswahlkampf 2021



Mariana Braunmiller © Ingrid Zasche

nächster Zeit erst einmal nur virtuell sein wird“, so die Unterallgäuerin.

Bernhard Pohl, stellvertretender Vorsitzender der Freie Wähler-Landtagsfraktion, sieht Braunmiller deshalb als geeignete Kandidatin, „weil sie mitten im Leben steht, sich beruflich engagiert, Mutter von zwei Kindern ist und kommunalpolitisch bereits aktiv ist. Sie bringt alles mit, um eine vernünftige Politik zu machen.“

Bei der Nominierungsversammlung der Freien Wähler in Oberegg ist Mariana Braunmiller einstimmig als Direktkandidatin für den Wahlkreis 257 bestimmt worden. Die 38-Jährige kommt aus Wolfertschwenden, sitzt im dortigen Gemeinderat und bewirbt sich nun für den Deutschen Bundestag. „Für mich ist es ein toller Vertrauensbeweis. Ich freue mich auf die Menschen und die Begegnungen,



Bernhard Pohl © Stefan Günter

Impressum

Einen gemeinsamen Schulterschluss zeigen Marlene Preißinger, stellvertretende FW-Kreisvorsitzende Unterallgäu und Bürgermeisterin der Gemeinde Unteregg, und Susen Knabner, FW-Kreisvorsitzende Ostallgäu und stellvertretende Bezirksvorsitzende: „Wir werden Mariana in den kommenden Wochen und Monaten tatkräftig unterstützen“, sagten beide am Rande der Nominierungsversammlung unisono. „Die Zusammenarbeit der Allgäuer Freien Wähler funktioniert sehr gut, was unserer Kandidatin zugutekommt.“

Der Wahlkreis 257 umfasst die kreisfreien Städte Kaufbeuren und Memmingen sowie den gesamten Landkreis Ostallgäu und zahlreiche Gemeinden im Landkreis Unterallgäu. Die Bundestagswahl ist am 26. September.

Allgäuer Landtagsabgeordneter für Corona-Tests als wichtigen Baustein zur Pandemiebekämpfung Pohl: In meinem Abgeordnetenbüro herrscht Testpflicht!

Bernhard Pohl, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der FREIEN WÄHLER im Bayerischen Landtag, sieht ein mögliches Ende der Corona-Pandemie in greifbarer Nähe: „Wir müssen noch einige Monate durchhalten, dann wir weitgehend am Ziel. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir die Einschränkungen und Entbehrungen mit einer weitgehenden Rückkehr zur Normalität entschädigt werden. Voraussetzung ist aber, dass wir nun konsequent und gemeinsam die Wege in die Freiheit gehen: Impfen, testen, Vorsichtsmaßnahmen einhalten!“



Pohl setzt dabei auch auf die Eigenverantwortung. Er kritisiert dabei, dass durch zu viele kontroverse Diskussionen der rote Faden verloren geht und mahnt, das eigentliche Ziel, die Pandemiebekämpfung wieder klarer in den Mittelpunkt zu rücken. „Es geht um die effektive Bekämpfung dieser Pandemie, um den Schutz vor schweren

COVID-Erkrankungen, aber auch darum, dass wir endlich wieder ein selbstbestimmtes Leben ohne Einschränkungen führen können. Deshalb brauchen wir für die nächsten Monate die Tests, da führt kein Weg daran vorbei. Es ist mir natürlich bewusst, dass das unangenehm und belastend ist. Ich bin aber der Meinung, hier müssen wir klare Prioritäten setzen.“

Impressum

Der Abgeordnete setzt dies nun auch konsequent um. „In meinem Abgeordnetenbüro gibt es eine absolute Testpflicht, sowohl für Mitarbeiter als auch für Besucher. Ich habe das mit meinem Team so besprochen und bin auf einhellige Zustimmung gestoßen. Wir ziehen hier all an einem Strang. Wir achten auch darauf, dass alle Besucher vor Ort den Test machen. Wer das nicht möchte, muss sich auf telefonischen Kontakt mit uns beschränken.“

Bernhard Pohl verweist auch darauf, dass für den Präsenzunterricht an Schulen eine Testpflicht für Lehrer herrscht. „Ich kann doch nicht von Lehrern und Schülern verlangen, dass sie sich testen lassen, und dann in meinem eigenen Büro die Dinge laufen lassen. Wenn wir die Bekämpfung von Corona ernst nehmen, müssen wir schon auch darauf achten, vergleichbare Standards zu setzen und die bestehenden Regeln konsequent einzuhalten“, fordert der Abgeordnete.

Er lässt auch nicht gelten, dass man die Tests nicht bekommt. „Ich habe bei meinem CSU-Stadtratskollegen Gerhard Bucher die Tests bestellt und prompt geliefert bekommen. Natürlich kostet das ein paar Euro. Das sind aber tatsächlich Peanuts im Vergleich zu dem, was vielen durch diese Pandemie als Schaden entstanden ist und auch noch künftig entsteht, wenn uns Corona noch länger begleitet“, stellt Pohl fest.

Der Landtagsabgeordnete ringt um die notwendige Akzeptanz in der Bevölkerung. Sie sei die Grundlage dafür, dass wir nicht kurz vor dem Ziel noch Schiffbruch erleiden. Auch aus diesem Grund bekämpft er massiv die vom Bund geplanten Kompetenzverlagerungen beim Infektionsschutz: „Die Maßnahmen der Politik zur Bekämpfung der Corona-Pandemie begannen mit viel Licht und wenig Schatten. Zwischenzeitlich ist das leider etwas schlechter geworden. Wir sind aber definitiv gut damit gefahren, dass wir nicht wie Frankreich und andere Länder zentralistisch unterwegs waren, sondern die Bundesländer in eigener Verantwortung entschieden haben, was für Ihre Region gut ist. Je stärker der Bund im Spiel war, je mehr durch Ministerpräsidentenkonferenzen geregelt wurde, desto schlechter wurde es. Daher wäre es ein gravierender Fehler, dem Bund jetzt die Zuständigkeiten zu übertragen, die dann je nach Inzidenz auch noch ständig zwischen Bund und Land hin und her gehen. Wir brauchen im Gegenteil mehr Eigenverantwortung vor Ort. Damit können wir passgenaue Lösungen finden und schaffen so die dringend notwendige Akzeptanz in der Bevölkerung“, so Pohl abschließend.

Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien ein schönes Wochenende!

Impressum

Bernhard Pohl | Mitglied des Bayerischen Landtags
Abgeordnetenbüro | Gutenbergstraße 2a | 87600 Kaufbeuren